

Schadensfallbeispiele bei mittelständischen Unternehmen

Klinik-Fälle

Verurteilung eines Geschäftsführers einer Klinik auf 2,9 Mio. Schadensersatz durch das Oberlandesgericht Oldenburg (Aktz. 1U34/03), weil er eine andere Klinik erworben hatte, die nach dem Kauf hohe Verluste machte. Lt. OLG sei es mit „den Geboten kaufmännischer Sorgfalt nicht vereinbar gewesen, dass der Geschäftsführer vor dem Kauf nicht für eine intensive Wirtschaftlichkeitsprüfung durch unabhängige Experten gesorgt habe.

Schadensersatzleistung des D&O-Versicherers in Höhe von 600.000 € für einen versicherten Geschäftsführer einer Hospital GmbH. Im Rahmen einer Krankenhausweiterung wurden u.a. maßgeschneiderte Regalsysteme in den Neubau installiert, die jedoch ausgebaut werden mussten, weil sie nicht den Brandschutzvorschriften entsprachen. Die Pflichtverletzung des Geschäftsführers bestand nach Meinung des D&O-Versicherers darin, dass er im Rahmen der Auftragsvergabe verpflichtet gewesen sei, die Einhaltung von Brandschutzvorschriften sicher zu stellen.

Maschinenbau

Ein mittelständischer Maschinenbauer in der Nähe von Stuttgart nimmt seinen **Geschäftsführer auf Schadensersatz** in Anspruch, weil er sich im Rahmen eines großen Exportauftrages nach Osteuropa verkalkuliert hatte und dadurch dem Unternehmen ein erheblicher Schaden entstanden war.

Inanspruchnahme des Geschäftsführers eines kleinen Maschinenbauunternehmens wegen Unterschlagung in Höhe von mehreren 100.000 € durch einen von ihm selbst angestellten Controller, weil es der Geschäftsführer versäumt hatte, bei der Einstellung des mehrfach vorbestraften Mannes ein polizeiliches Führungszeugnis zu verlangen.

Inanspruchnahme auf Schadensersatz und Verurteilung der Geschäftsführerin eines Maschinenbauunternehmens, weil sie öffentliche Fördermittel nicht in Anspruch genommen hatte, obwohl die rechtlichen Voraussetzungen hierfür gegeben waren.

Messebau / Messe

Inanspruchnahme des Geschäftsführers einer niedersächsischen Messebaugesellschaft, die wegen der Auftragsflaute die Renovierung eines französischen Schlosses mit einem Auftragsvolumen von ca. 2 Mio. € übernommen hatte. Die Rechnungen wurden von dem Bauherrn nicht beglichen und der Insolvenzverwalter des mittlerweile insolvent gewordenen Unternehmens nimmt den Vorstand mit der Begründung in Anspruch, die Auftragsannahme im Ausland sei mit dem Satzungszweck des Unternehmens nicht vereinbar gewesen.

Auch in **Unternehmen der öffentlichen Hand** sind Spitzenmanager nicht mehr sicher. Ein früherer NRW-Staatssekretär und späterer **Geschäftsführer einer Messe-AG** wird von dem eigenen Unternehmen verklagt, weil er der desaströsen wirtschaftlichen Entwicklung nicht früh genug entgegengesteuert und den Aufsichtsrat nicht rechtzeitig informiert haben soll.

Gastronomie

Inanspruchnahme des Geschäftsführers eines Restaurationsbetriebes auf Schadensersatz durch die eigene GmbH, weil er angeblich für den Aufbau einer Gastronomiekette zu große und teure Räumlichkeiten angemietet hatte.

Verurteilung des früheren Geschäftsführers einer Brauerei -GmbH durch das Landgericht Köln zum Schadensersatz in Höhe von 815.000 € an seinen früheren Arbeitgeber. Das Gericht sah eine Pflichtverletzung des Geschäftsführers u.a. darin, dass ein Defizit des Unternehmens in Millionenhöhe teilweise auch dadurch entstanden sei, dass der Geschäftsführer sich mehr auf Immobiliengeschäfte als auf das eigentliche Kerngeschäft der Brauerei konzentriert habe.

Immobilienwirtschaft

Schadensersatzanspruch des Unternehmens gegen die Unternehmensleiter wegen des Erwerbs eines Grundstücks (frühere Tankstelle) zur Wohnraumbebauung, ohne vorher Bodengutachten eingeholt zu haben. Die Sanierung des belasteten Grundstücks verursachte ganz erhebliche Kosten, die das geplante Bauvorhaben viel teurer als geplant werden ließen.

Klage gegen den Vorstand einer Wohnungsgesellschaft wegen angeblicher Überbewertung von Immobilien in der Bilanz.

Schadensersatzanspruch gegen Vorstand und Aufsichtsrat in Millionenhöhe wegen des Verkaufs eines nicht mehr benötigten Betriebsgrundstücks unter Wert.

Entlassung des Vorstandsvorsitzenden einer WG und Prüfung von Schadensersatzansprüchen, weil dem Unternehmen Schäden durch Fehlinvestitionen in ein Neubauprojekt entstanden waren.

Strafverfahren gegen Vorstände wegen Bilanzschönung durch „Sale and Lease back“ – Geschäfte.

Tochtergesellschaft / Konzerntochter

Inanspruchnahme des Geschäftsführers bzw. des Vorstandes einer mittelständischen Tochterfirma in Baden-Württemberg durch den Insolvenzverwalter des insolvent gewordenen Konzerns, weil er auf Weisung der Konzernmutter weiterhin Gewinne selbst in einem Zeitpunkt an sie abgeführt hatte, in dem die Insolvenz bereits drohte.

Beteiligungen/ Unternehmenskauf

Schadensersatzleistungen von ehemaligen Vorständen in Millionenhöhe wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit verlustreichen Beteiligungen bzw. Erwerb anderer Unternehmen, insbesondere in den neuen Bundesländern.